

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschriften
Tageblatt Riesa
Jahreszeitung 1937
Postfach Nr. 53

Poststelle Dresden 1580
Girokonto:
Riesa Nr. 53

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns zu Großenhain bestimmt Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa und des Landratsamtes Riesa.

N 258

90. Jhd.

Donnerstag, 4. November 1937, abends

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, bei Vorauflösung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zusatzgebühr, durch Postzettel RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zusatzgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wohlenflethe (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pf., Einzelnummer 15 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Er scheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesetzte 40 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Pf., die 90 mm breite, 8 gespalte Zeile im Textteil 20 Pf. (Grundpreis: Petit 2 mm hoch). Zusatzgebühr 27 Pf., tabellarischer Preis 50% Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingesandter Anzeigenerteile oder Probeausgabe schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvorverkauf wird etwa schon bewilligter Nachlass hinfallen. Erfüllungsort für Reklamation und Zahlung und Gerichtsstand ist Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsfahrungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 50.

Bunkt für Bunkt

Die 25 Punkte, die Adolf Hitler als Parole über den Sinn der Bewegung stellte, sind wirtschaftlich in keiner Weise mit den Programmen der Parteien zu vergleichen, die in der Systemzeit dem politischen Bild des Reiches das Gepräge gaben. Bei diesen parteipolitischen Kundgebungen handelte es sich um wesentlichen Propaganda, die zum Zweck der Wahlpropaganda gemacht wurden und die nicht sehr ernst gemeint waren, was sich schon daraus ergab, daß sie bei jeder möglichen Gelegenheit abgeändert wurden. Von Erfüllung war überhaupt nicht die Rede. Die 25 Punkte des Programms, die Adolf Hitler seinerseits formuliert, sind niemals abgedruckt worden, und es zweifelt heute kein Vollgenosse daran, daß der Tag kommen wird, an dem sie restlos in die Wirklichkeit übergetreten sein werden.

Wenn diese Tatsache dem deutschen Volke auch als eine Selbstverständlichkeit geradeso ins Blut übergegangen ist, so ist es doch gut, wenn ab und zu das gleichzeitige Einmalige unterstrichen wird, daß ein so revolutionäres politisches Programm mit folgerichtiger Energie erfüllt wurde. Die richtungweisende Riede, die der Reichsgruppenwart des NS-Parteiverbandes, Staatssekretär Studert, vor dem Bund und führenden Verantwortlichen von Partei und Staat loben in Rassel gehalten hat, beleuchtet in dankenswerter Weise diesen Weg von der Rundgebung zur Wirklichkeit. Studert sprach von Teilen des Programms, die noch der Erfüllung harren und sagte, daß Bunkt für Bunkt des Programms in zeitgemäßer Form, wie es die Lage von Volk und Reich und die Zeitumstände gefordern, ihre Wirklichkeit finden werden. Das ist im Grunde das Große und Be rühigende, daß der Führer das Tempo bestimmen kann, ohne irgendetwas zu überstürzen. Regierungen der Systemzeit mußten, wenn ihnen irgendwelche Pläne wirklich einmal am Herzen lagen, mit nervöser Beschränkung handeln, weil sie in nicht wußten, ob ihnen nicht morgen oder übermorgen die Grundlagen ihrer Existenz durch parlamentarische Vorgänge entzogen sein würden. Der Führer und seine Regierung können tatsächlich bei all ihren Entscheidungen und Maßnahmen von der inneren Sicherheit des tausendjährigen Reiches ausgehen. Das politisch und geschichtlich Wesentliche auf dem Wege zum Weltstaat, den die 25 Punkte des Parteiprogramms verheißen haben, liegt, wie Staatssekretär Studert mit Recht in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gestellt hat, in der Schaffung einer Zentralgewalt des Reiches, die weder durch parlamentarische noch durch partikularistische Strömungen erschüttert werden kann. Die Überwindung des Parlamentarismus und die Übertragung der Hoheitsrechte der Länder auf das Reich hat die Grundlagen des nationalsozialistischen Volksstaates geschaffen und den Weg zur wahren Volkgemeinschaft freigemacht. Auf diesem Boden war es möglich, in einem erstaunlich kurzen Zeitraum und in einem geradezu ehrenraubenden Tempo die grundlegenden konkreten Forderungen zu verwirklichen, die in den 25 Punkten niedergelegt sind. Wir wollen es uns doch eingestehen, daß fast keiner von uns es vor dem Jahre 1933 für möglich gehalten hätte, daß das deutsche Reich so schnell von den Fesseln des Vertrages bereit werden könnte, daß die Nation so bald und vollkommen ihre Ehre, ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit und Souveränität zurückgewonnen würde, daß auf dem Gebiet des Staatsrechtes das Programm der RSDAIS, so restlos zu erfüllen sei, daß wir heute mit tiefer Verachtung feststellen dürfen, daß Deutschland wieder den Deutschen und nur den Deutschen gehört. Staatssekretär Studert vertritt weiter auf die Vereinheitlichung des Reiches auf finanzielltechnischem und verwaltungstechnischem Gebiet, auf die Segele und Maßnahmen, die in organischer Entwicklung und in genau begrenzter kurzer Zeit dazu führen sollen, daß es in Zukunft nur noch Reichs- und Gemeindewesen geben wird, auf die Erfüllung der alten Sehnsucht nach einer einheitlichen echten Reichsjustiz und auf die Deutsche Gemeindeordnung vom Jahre 1935, die zum ersten Male in der deutschen Geschichte einheitliches Recht für alle Gemeinden im Reich geschaffen hat. Auf dem Wege zur Zukunft liegen noch die Neuordnung des Reiches und überhaupt die territoriale Neuordnung des Reiches sowie einige konkrete Einzelprobleme. Nach allem, was bereits geschehen ist, kann kein Mensch mehr zweifeln, daß in absehbarer Zeit alles Wahrheit sein wird, was versprochen und gesagt worden ist.

Die größte Trophäen-Sammlung, die man je zusammenbrachte

Die Londoner Presse über die Berliner Jagdausstellung

London. Die gelauft Londoner Morgenposte würdigte ausführlich die Internationale Jagdausstellung in Berlin und berichtet in großem Umfang von ihrer Eröffnung. Im Zusammenhang kommt bringen die Blätter manche Sätze und der Eröffnungsrede von Ministerpräsident Göring. Die "Times", die die Ausstellung fast eine ganze Spalte widmet, hält sie die Ausstellung im einzelnen unter besonderer Berücksichtigung des englischen Teiles. Das Blatt schreibt zusammenfassend, daß die Ausstellung fraglos die größte Trophäen-Sammlung ist, die man je zusammengebracht habe. Mehr als 10000 Trophäen und andere Ausstellungstücke füllten in hervorragender Zusammenstellung die Galerie.

Beginn der Aussprache auf der Neumächtekonferenz

Konstruktive Vorschläge des italienischen Vertreters

Die beiden Streitparteien sollen untereinander Fühlung nehmen

In Brüssel. Im Verlauf der ersten Sitzung der Neumächtekonferenz erläuterte der amerikanische Vertreter Norman Davis das Ziel dieser Konferenz, nach dem alle Negationen stehen müssten. Die Fragen, die hinter den chinesisch-japanischen Beziehungen stehen, müssten auf einer für beide Seiten fairen und annehmbaren Grundlage gelöst werden. Es liege nicht nur im Interesse Chinas und Japans, daß die Feindseligkeiten rasch beendet werden; je länger diese Feindseligkeiten dauern, um so schwerer werde eine konstruktive Lösung werden, und um so mehr würden der allgemeine Friede und die Sicherheit gefährdet werden. Die Regierung der beteiligten Staaten sei bereit, nach den gemeinsamen Anstrengungen zu beteiligen, um die Mittel zur Herbeiführung einer friedlichen Lösung zu finden.

Der englische Außenminister Eden erklärte, daß er jeden Vortrag des amerikanischen Vertreters voll anstimme, für die versammelten Mächte handle es sich um moralische und vertragliche Verpflichtungen. Keine dieser Mächte sei uninteressiert. Sehr zu bedauern sei die Abwesenheit einer der streitenden Parteien. Diese Abwesenheit müsse die Friedensbestrebungen beeinträchtigen, aber man dürfe deshalb in den Anstrengungen nicht nachlassen.

Der italienische Außenminister Delbos holte sich den Ausführungen von Norman Davis und Eden an. Er erklärte, die Anstrengungen mühten darauf gerichtet seien, die Grundlagen einer Regelung zu prüfen, die es China und Japan erlaubt, die Waffen niederzulegen und auf dem Wege friedlicher Verhandlungen ihren Platz am gemeinsamen Werk des Friedens wieder einzunehmen.

Der Vertreter Italiens, Graf Alfonso Marescotti, erklärte, aus dem Washingtoner Vertrag und aus der Einladung der belgischen Regierung ergäbe sich, daß auf der gegenwärtigen Konferenz von seiner Mahnung die Rede sei, die unmittelbar oder mittelbar Spannungscharakter trage, jener Art, wie sie von einigen unverantwortlichen Elementen gefordert werden könnten. Auch könne man nicht von einer mehr oder weniger "moralischen Quarantäne" gegenüber der einen oder anderen der streitenden Parteien sprechen. Den gegenwärtigen Stand der Dinge in China beschreibe Italien mehr als sonst jemand. Italien befürchte die erbitterten Kämpfe zwischen zwei ihm befreundeten Völkern, die beide große Verdienste um die Kultur der Welt haben. Die italienische Regierung sollte glücklich, diesen blutigen Kampf sobald wie möglich auszutragen, aber unter solchen Bedingungen, daß er nicht wieder anfängen kann. Was den besondern Fall betrifft, so sei die Konferenz nicht dazu gerufen, zu erfordern, wie und wann die Katastrophe entstanden sind.

Worin könne nun die Aufgabe dieser Konferenz bestehen? Der Meinungsbildungsstab werde den Konflikt nicht anhalten, wenn man nicht das Hauptziel erreiche, nämlich die beiden Parteien zu dem Frieden, der dauerhaft ist, an führen, indem man sie einer näher bringe und sie dazu überrede, die vorgezogenen und leichteren Ursachen ihrer Meinungsverschiedenheiten unmittelbar ins Auge zu fassen und zu befreiten. Man müsse unter innerten und äußeren Ursachen unterscheiden.

Die italienische Regierung machte alle Vorbehale hinreichlich der Ergebnisse einer Konferenz, die nur zu platonischen Entschließungen führen könnte und damit einen Beweis der Unmöglichkeit geben würde, wenn sie der tatsächlichen Lage nicht Rechnung trage. Das einzige Mögliche, was man ins Auge fassen könne, sei, die beiden Parteien einzuladen, untereinander Fühlung zu nehmen. Dann hätte die Konferenz nichts mehr zu tun.

Die Aussprache wird heute nachmittag um 17.00 Uhr fortgesetzt.

Die Rahmenaufklärung der Neumächtekonferenz begann mit einer Rede Minowitsch, die eine Sammlung bereits abgeschlossener Vorträge darstellte und demgemäß demokratische Gesinnung enthielt. Anschließend sprach der österreichische Delegierte Dr. Wellington Koo. Er gab an, daß in China eine antijapanische Stimmung bestehe, bestreit aber, daß die chinesische Regierung unter dem Einfluß kommunistischer Elemente stehe. Seit zehn Jahren habe die chinesische Regierung mit allen ihr zu Verfügung stehenden Kräften die Befreiung des chinesischen Kommunistischen Partei befohlen. Diese Regierung, gekämpft der Arbeit ein, sei freilich weniger gegen den Kommunismus als Weltanschauung gerichtet als vielmehr gegen die Errichtung einer separatistischen Regierung mit einer unabdingbaren Armee. — Zu dem japanischen Standpunkt, daß der Konflikt zwischen Japan und China durch dieselbe Vor-

handlungen zwischen den beiden Ländern geregelt werden könne, meinte Wellington Koo, eine solche Auffassung übergehe die Tatsache, daß durch den Konflikt auch die Interessen mehrerer anderer Mächte berührt worden seien. Ausdrücklich erklärte der Redner: China wünsche den Frieden. Solange der Konflikt aber dauere, sei China entschlossen, den Weltfrieden fortzuführen. Nicht ein Friede um jeden Preis werde China gerechtigkeitsverstoßen. Nur durch die Annahme eines Friedens, der auf den Grundzügen des Artikels 1 des Neumächtevertrages beruht, werde China einen Beitrag leisten für die Sache des Friedens und der Ordnung in den internationalen Beziehungen.

Der portugiesische Delegierte de Castro sprach den Wunsch nach einer baldigen Verständigung der streitenden Parteien aus.

Damit war die Rednerliste erschöpft. Die Konferenz tritt heute Donnerstag 14½ Uhr zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammen.

Über das weitere Verfahren haben in den Nachmittagsstunden Bekanntgaben des französischen und des amerikanischen Vertreters mit dem englischen Außenminister stattgefunden. Sie sollten abends in einer gemeinsamen Bekanntgabe zwischen Eden, Delbos und Norman Davis fortgesetzt werden.

Die englische Presse weiterhin skeptisch

In London. Dem Auftakt der Neumächtekonferenz in Brüssel steht die englische Morgenpost mit ziemlicher Skepsis gegenüber. Der "Daily Telegraph" sagt, es gebe schon ein starker Optimismus dazu, um zu glauben, daß die Konferenz Erfolg haben werde. Unglücklicherweise habe sich die Rolle, die der Verbund dabei gespielt habe, als wenig hilfreich erwiesen. Zu begrüßen sei, daß die bei der Eröffnung gehaltenen Reden schon die Absicht gezeigt hätten, daß man in Brüssel überdauert sein Urteil fallen, sondern verlinken wolle, eine Befriedigung der Feindseligkeiten zu erreichen. Trotz des nicht gerade rosigem Ausblicks wende die öffentliche Meinung Englands jedoch die Teilnahme an der Konferenz zu. Und durch vor einem Friedensschlag könne England seine Verpflichtungen nicht vergeben. Es besteht aber nicht nur eine moralische, sondern auch eine vertragsmäßige Verpflichtung für England zur Teilnahme.

Rom warnt vor Manövern

Italienische Beurteilung des Brüsseler "Neumächte-Parlaments" — Dritter Vertragsummen Tokio-Rom steht zu beginnen

In Rom. Zur Eröffnungsitzung der Brüsseler Konferenz äußert die römische Abendposte, daß die Begegnungen unter nicht gerade günstigen Ausichten ihren Ausgang nehmen. Schon die Tatsache, daß sich diese Neuerkonferenz in ein Neumächte-Parlament verwandelt habe, müsse, wie der Direktor des "Giornale d'Italia" erklärt, bei den wahren Freunden des Friedens Rücksicht nehmen. Einwohner werde eine beratige Konferenz durch die große Anzahl ihrer Teilnehmer schwierig und deshalb unnötig, oder sie werde der Ausgangspunkt von Manövern, die unter dem Deckmantel der Internationalität eigene Zwecke verfolgen und daher gefährlich werden. Auch die Brüsseler Konferenz dürfte diesem Schicksal nicht entgehen.

Wichtiger als die Haltung der einzelnen Mächte, die man in den nächsten Tagen erkennen werde, sei die Einstellung Japans, das einen Ausgleich mit China durch direkte Verhandlungen ohne Einmischung Dritter erstrebe. Tokio wolle zu einer Zusammenarbeit mit China nach sowjetrussischem Muster mit Waffen und Munition zu verfügen.

Wenn man tatsächlich vom Frieden sprechen wolle, dürfe man keine neuen Komplikationen schaffen, wie das bereits der Verbund mit dem ihm eigenen Mangel an Verantwortungsgesinnung verrufe. Keine einzige Macht kann erlaubt sein, eine Einmischung denken. Selbst Sovjetrussland begründe sich zunächst damit, China nach sowjetrussischem Muster mit Waffen und Munition zu verfügen. Es bleibt deshalb, betont das halbmäßige Blatt abschließend, nichts anderes übrig, als die Forderungen Japans und damit ein direktes und veritanendes Vertragsummen zwischen Tokio und Rom zu beginnen.

Italien begeht den Jahrestag der Beendigung des Weltkrieges

Besitzerung in der Presse gegenüber den Alliierten von gestern

In Mailand. Italien begeht heute mit großer Feierlichkeit den 19. Jahrestag der Beendigung des Weltkriegs. Die norditalienische Presse, die in Artikel an dieses Ereignis erinnert, spricht dabei nicht mit Ausdrücken des Unwillens gegenüber den Alliierten von gestern, die Italien keine Verdienste später kreitig gemacht hätten. Der "Popolo d'Italia" erklärt, leider der italienischen Gewalt im großen Krieg hätte auch aus einem Misserfolg

daran densen können, daß gerade die Verbündeten Italiens jedes Recht in dem späteren Friedensvertrag verweigern würden. Der Nationalist Eden habe durch sein offenes Bekennen auf der letzten Unterhausitzung ver sucht, zum Schaden auch noch den Spott zu legen, indem er erklärte, daß es Italien nicht zustehe, Gerechtigkeit für Deutschland zu verlangen. Italien habe loyal den Wert des Siegers von 1918 anerkannt, der sich weigerte, an den Sanktionsmaßnahmen anlässlich des abendländischen Feldzuges teilzunehmen. Italien kann von Gerechtigkeit sprechen, weil es im Interesse des Friedens und nicht erholt hätte die deutsche Verbreitung nach Gleichberechtigung unterstützt habe.